

Helmut Kohl: Wir haben unser Hauptziel erreicht

Der Wähler hat die Koalition der Mitte bestätigt

Im Parteipräsidium und im Parteivorstand haben wir das Ergebnis der Bundestagswahl sehr eingehend diskutiert und analysiert, erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl am Montag auf einer Pressekonferenz in Bonn. Es war eine ernsthafte, offene und sehr solidarische Diskussion. Ich will zunächst den Dank des Parteivorstandes weitergeben an unsere Wähler, an die Mitglieder und die ungezählten Helfer draußen im Land, an die Mitarbeiter hier im Konrad-Adenauer-Haus — ich nenne Heiner Geißler stellvertretend für alle — und an alle Hauptamtlichen. Ohne das große Engagement unserer Freunde wäre dieser schwierige Winterwahlkampf nicht erfolgreich zu bestreiten gewesen.

Wir haben unser Hauptziel erreicht, nämlich den erneuten Wählerauftrag an den von der CDU vorgeschlagenen Bundeskanzler und an die Koalition der Mitte aus CDU/CSU und FDP. Die Bestätigung durch die Wähler ist eindeutig: CDU/CSU und FDP verfügen über 269 Mandate — das sind 20 Mandate über der sogenannten Kanzlermehrheit — gegenüber 228 Mandaten von SPD und Grünen.

Dieses Ziel zu erreichen war nicht selbstverständlich. Vor einigen Monaten waren die Sozialdemokraten noch mit dem Anspruch angetreten, die absolute Mehrheit zu gewinnen. Willy Brandt hat das später relativiert auf ein Wahlziel von 43 Prozent — in der Hoffnung, daß dann noch eine Mehrheit mit den Grünen zustande kommen könnte. Dies ist nicht eingetreten.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Die Koalition der Mitte hat eine klare Wählermehrheit erhalten und damit den Regierungsauftrag. Das ist der zentrale Punkt, denn ich weiß aus eigener Erfahrung, was es bedeutet, mit über 48 Prozent in die Opposition gehen zu müssen. Wir haben unser zweites Ziel nicht erreicht, nämlich ein gutes Abschneiden der Union. Die meisten von uns haben mit etwa 46 Prozent gerechnet. Wir haben 44,3 Prozent erreicht, sind also unter dieser Erwartung geblieben. Dieses Ergebnis bedrückt uns selbstverständlich, und wir werden die Gründe dafür sehr sorgfältig analysieren. Bisher gibt es eine Reihe von Hinweisen, aber noch keine aussagekräftige Feinanalyse. Einige Punkte will ich aber doch schon jetzt herausstellen:

Im Präsidium und im Bundesvorstand waren wir alle der Auffassung, daß die widrigen Witterungsverhältnisse in diesem Wahlkampf eine Rolle gespielt haben, daß sie aber die fast fünf Prozent niedrigere Wahlbeteiligung nicht erklären. Wir sind der Auffassung, daß unsere Stimmverluste auch von bewußten Nicht-Wählern herbeigeführt worden sind, die aus den verschiedensten Gründen mit ihrer Wahlnethaltung ein Zeichen setzen wollten. Die niedrige Wahlbeteiligung hatte also nachteilige Folgen für das Wahlergebnis der Union.

Wenn wir die sehr unterschiedlichen Einzelergebnisse betrachten, dann stellen wir fest, daß wir vor allem in ländlichen Räumen, also in Hochburgen der Union, zum Teil schwere Einbußen erlitten haben. Hier wird auch für die kommende Zeit ein Schwerpunkt unserer politischen Anstrengungen liegen. Ich habe mich persönlich ganz entschieden zugunsten der Bauern engagiert, aber die europäischen Fehlentwicklungen in der Agrarpolitik sind leider nicht über Nacht abzustellen

gewesen, und deswegen werden wir diese Aufgabe weiter mit allem Nachdruck angehen.

Es war einmütige Meinung im Parteivorstand, daß uns darüber hinaus drei Diskussionsthemen in den letzten Wochen vor der Wahl geschadet haben:

Das erste war die Diskussion um die absolute Mehrheit, die nach allem, was zu erkennen war, gar nicht erreichbar war — ich selbst habe das oft genug gesagt. Aber man kann eben in der Bundesrepublik Deutschland gegen das Bild einer absoluten Mehrheit, die nicht populär ist und nie populär war, gezielt Stimmungen mobilisieren.

Das zweite, was uns geschadet hat, war die vom Wähler als selbstgerecht empfundene Meinung, die Wahl sei schon entschieden. Dagegen habe ich frühzeitig Stellung bezogen und immer wieder betont: Die Wahl ist erst am Wahltag um 18 Uhr entschieden und keine Minute vorher. Wir sind sicher, daß ein nicht unbedeutlicher Teil der Nichtwähler der Ansicht war: Die Sache ist schon gelaufen, ich brauche die Mühe der Stimmabgabe nicht mehr auf mich zu nehmen.

Der dritte Punkt: Die Diskussion unter den kleineren Koalitionspartnern um einzelne politische Themen und Personen ist ganz eindeutig zugunsten der FDP ausgegangen. Das ist unübersehbar.

Für uns in der CDU ist es jetzt wichtig, daß wir nach der Regierungsbildung, die wir zügig, aber ohne Zeitdruck vorantreiben wollen, in unseren Gremien die Analysen des Wahlergebnisses sehr sorgfältig diskutieren. Wir werden uns zu fragen haben, ob wir auf allen Ebenen der Partei hinreichend offen sind für alle Gruppen der Gesellschaft. Ich denke hier vor allem auch an die jüngeren Frauen. Das Thema Familie ist ganz besonders wichtig; aber

nach unseren Beobachtungen ist es noch nicht voll durchgedrungen. Diese Erfahrung haben wir jedoch früher auch bei anderen wichtigen Themen gemacht; denken Sie etwa an die dreijährige Debatte um das Thema Staatsverschuldung, das dann plötzlich allen präsent war.

Es war einhellige Meinung im Parteivorstand, daß uns die Umwelt-Störfälle am Rhein erheblich geschadet haben, obwohl wir doch zum ersten Mal wirklich entscheidende Schritte für mehr Umweltschutz getan haben.

Ein weiterer Punkt, über den wir nachdenken müssen, ist die Tatsache, daß die beachtlichen wirtschaftlichen Erfolge nicht notwendigerweise korrespondieren mit Wahlerfolgen. Wir haben nämlich auch in Gebieten mit glänzenden ökonomischen Daten herbe Verluste erlitten. Das hat sicherlich viele Gründe, denen wir nachgehen müssen.

Die Beobachtung der anderen politischen Gruppierungen, vor allem der SPD, wird in den nächsten Wochen und Monaten eine große Rolle spielen. Die SPD hat ihr Wahlziel nicht erreicht; sie hat nicht einmal die 40-Prozent-Marke erreicht, sondern in manchen Gegenden zum Teil ganz erhebliche Einbrüche erlitten. Es hat sich auch hier gezeigt, daß die kleineren Parteien innerhalb der beiden Lager Fortschritte zu Lasten des jeweils größeren Partners gemacht haben. Tatsache ist auch, daß die Zahl derer erheblich zugenommen hat, die sich relativ rasch innerhalb des jeweiligen Lagers von einer Gruppierung zur anderen wenden, daß also tagespolitische Ereignisse oder aktuelle Diskussionen auch unmittelbare Auswirkungen auf die Wahlentscheidung haben.

Ich fasse zusammen: Wir stellen uns dem Wählerauftrag. Wir haben für diesen

Wählerauftrag eine gute Basis in der Koalition, um die großen Aufgaben der nächsten Jahre bewältigen zu können. Wir wissen, daß es schwierige Jahre werden können auch im Vergleich zu den letzten vier Jahren, die ja gewiß nicht einfach waren. Aber wir blicken nach vorn, auch auf die Landtagswahlen in diesem Jahr, in Rheinland-Pfalz, Hessen, Bremen und in Schleswig-Holstein; eine Analyse des Wahlergebnisses in Hamburg zeigt, daß die Sozialdemokraten angesichts ihrer erheblichen Niederlage dort vielleicht den Gedanken an Neuwahlen aufgeben und doch noch eine sachliche Zusammenarbeit mit der CDU suchen werden.

Wir werden sehr bald die ersten Gespräche aufnehmen und sind entschlossen, im Rahmen unserer Möglichkeiten und nach dem Terminplan des Deutschen Bundestages, der sich am 17. Februar konstituiert, zügig zu verhandeln. **Wir stellen uns der Verantwortung und danken unseren Wählern, daß wir die Chance bekommen haben, auch für die nächsten vier Jahre den Weg der Bundesrepublik Deutschland zu bestimmen.**



Die Kommission der CDU

Das Präsidium der CDU hat am Dienstagabend (27. Januar 1987) unter Leitung von Bundeskanzler Helmut Kohl die Gespräche mit der CSU und mit der FDP vorbereitet. Seitens der CDU werden diese Gespräche geführt werden von folgenden Politikern: Bundeskanzler Helmut Kohl, Generalsekretär Heiner Geißler, Fraktionsvorsitzender Alfred Dregger, Bundesminister Norbert Blüm, Bundesminister Gerhard Stoltenberg, Bundesminister Wolfgang Schäuble, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer Rudolf Seiers.

Heiner Geißler im Bundesvorstand:

Unsere Wahlkampfstrategie war richtig

Die Zahl der Wähler, die unberechenbarer, differenzierter, wechselhafter, aber auch bereiter für Stimmenthaltung ihre Wahlentscheidung trifft, die auch auf kurzfristige Stimmungsschwankungen reagiert, ist ganz sicher größer geworden. Das hängt damit zusammen, daß die Parteibindungen sich lockern — dies gilt auch für die Wähler der Christlich Demokratischen Union —, daß entsprechend politische Themen mehr die Wahlkämpfe dominieren und Lebensgefühl und Lebensstile der Wähler zu Bestimmungsgründen des Wahlverhaltens werden und weniger traditionelle Bindungen. Auf dieser Erkenntnis hatten wir unsere Wahlkampfstrategie aufgebaut; sie ist jetzt durch das Wahlergebnis bestätigt worden. Wahlkämpfe müssen heute politisch-inhaltlich geführt werden, natürlich auch fernsehgerecht, aber auch zielgruppenorientiert. Die politisch-inhaltliche Auseinandersetzung in den Wahlkämpfen ist intensiver geworden.

Wir haben darauf unsere Wahlkampfstrategie aufgebaut, und ich bin fest davon überzeugt, daß diese Wahlkampfstrategie richtig war. Wir haben gesagt, die Wahl ist eine Richtungsentscheidung. Wir haben diese Richtungsentscheidung auch schlüssig begründet in der Kompetenzkampagne und der Zukunftskampagne. Es ist uns auch gelungen, im Wahlkampf die Erkenntnis durchzusetzen, daß es sich um eine Auseinandersetzung zwischen zwei Lagern handelt, zwischen dem Re-

gierungslager auf der einen Seite und dem rot-grünen Lager auf der anderen. Insoweit, das kann man als Fazit zunächst einmal sagen, ist das Wahlergebnis durchaus akzeptabel: Unser Lager hat 2,4 Prozent verloren. Das andere Lager hat 1,5 Prozent gewonnen. Das ist nach vier schweren Regierungsjahren, wo man den Leuten auch einiges zugemutet hat, ein Ergebnis, das zwar nicht exorbitant gut ist, aber das auch nicht aus dem Rahmen fällt. In den letzten drei oder vier Wochen ist es uns aber nicht gelungen, innerhalb des eigenen Lagers den Anteil zu halten, der eigentlich der Union aufgrund ihrer Leistungen, aufgrund der Leistung des Bundeskanzlers und der CDU-Minister hätte zukommen müssen.

Ich muß noch einmal rekurren auf diese Bereitschaft bestimmter Wähler, flexibler zu reagieren, auf Stimmungen zu reagieren und sich stärker von bestimmten politischen Themen beeinflussen zu lassen. Wenn dies so ist, dann muß man natürlich umso klüger, besonnener und konsequenter die eigene Wahlkampfstrategie durchhalten. Und hier gab es ganz eindeutig zwei Brüche: Die Freien Demokraten — ich will einmal mit dem demoskopischen Befund anfangen — lagen im Durchschnitt im November und Dezember bei allen demoskopischen Instituten bei 6 Prozent, maximal 7 Prozent. Auch die Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung, die erste Wahlanalyse, weist eindeutig nach, daß der Anteil der Freien Demokraten ab Anfang Januar kontinuierlich zugenommen hat.

Es muß also ein Ereignis eingetreten sein, das innerhalb unseres Lagers die Gewichte zugunsten der F.D.P. und zu Lasten der Union verschoben hat. Da ist zunächst die Wahlbeteiligung. Ganz sicher haben Eis und Schnee eine Rolle gespielt. Ich möchte das aber auch nicht überbewerten. Man muß bei der Wahlbeteiligung auch folgendes sehen: Wir hatten ja alle den Eindruck, im November war irgendwie die Luft heraus aus dem Wahlkampf, und zwar einfach deswegen, weil die Sozialdemokraten in Bayern und in Hamburg so schwer verloren hatten. Dadurch ist innerhalb der Partei und in der Bevölkerung die Stimmung entstanden, als sei alles schon gelaufen. Wir haben dann nicht ganz ohne Erfolg, glaube ich, versucht, diese Stimmung wieder umzukehren dadurch, daß wir die Zweitstimmenkampagne gemacht haben, auch mit der Begründung, daß eine absolute Mehrheit nicht drin ist. Dies ist im Dezember einigermaßen gelungen. Dann kam aus der Union heraus noch einmal die Aussage, die im übrigen auch psychologisch nicht gut gewesen ist: Wir wissen schon, wie die Wahl ausgeht. Das ist gegenüber dem Wähler, der ja erst noch entscheiden mußte, nicht gerade werbewirksam gewesen. Außerdem ist bei uns natürlich auch der Eindruck noch einmal verstärkt worden, im Grunde genommen kann ja nichts passieren.

Der entscheidende Gesichtspunkt ist aber folgender: Ich möchte daran erinnern, daß ich in der letzten Fraktionssitzung die dringende Bitte geäußert hatte, daß wir bei unseren Themen bleiben, dem Themenbereich der Bundesregierung, wo wir große Erfolge vorzuweisen haben: Die Stabilitätspolitik, Sanierung des Haushalts, wirtschaftliches Wachstum, Preisstabilität. Unsere Strategie war darauf aufgebaut, daß wir bei diesen Themen bleiben — auch das „Weiter so,

Deutschland“ hatte diesen Sinn. Eines muß man ganz klar sagen: Die Auseinandersetzung um die Außenpolitik und die Frage, ob die Entspannungspolitik fortgesetzt wird oder nicht, war ein Querschläger und hat von diesen Themen abgelenkt. Vor allem war ja ganz unstrittig, daß die Entspannungspolitik fortgesetzt wird, so, wie sie vom Bundeskanzler formuliert worden ist, da gab es ja gar keinen Zweifel.

Es hat eine ganze Reihe von anderen Irritationen gegeben. Dies hat zwar nicht dazu geführt, daß insgesamt unser Regierungslager entscheidend geschwächt worden ist, aber es hat eben dazu geführt, daß aus einer ganzen Reihe von Gründen ein Teil der Regierungswähler zur F.D.P. übergegangen sind.

Ich glaube, das ist eine der wichtigsten Begründungen dafür, warum wir sozusagen im Endspurt Stimmen verloren haben: Die Wahlbeteiligung und ein gewisser Bruch in der Wahlkampfstrategie, der zwar nicht von der CDU ausging, der uns aber natürlich angerechnet worden ist. Als wir unser gemeinsames Wahlprogramm von CDU und CSU verabschiedet haben, haben wir von Anfang an gesagt, es widerspricht der politischen Logik, wenn wir innerhalb des eigenen Lagers eine Auseinandersetzung beginnen. In den wenigen Unterschieden des gemeinsamen Wahlprogramms war diese Auseinandersetzung aber schon angelegt: Einer der Hauptunterschiede bestand ja darin, daß die CSU immer noch die Liberalen miteinbezogen hat, etwa bei der Beschreibung des negativen Erbes der sozialliberalen Koalition.

Unsere Strategie ist insoweit — wenn ich jetzt einmal von dem für uns sehr betrüblichen Ergebnis absehe, daß wir abgefallen sind bei dem grundsätzlich positiven Ergebnis für das Regierungslager — er-

folgreich gewesen, als das rot-grüne Lager bei so minimalen Zuwächsen nicht von sich behaupten kann, gewonnen zu haben. Und vor allem haben die Sozialdemokraten ihr eigentliches Wahlziel ja nicht erreicht, die absolute Mehrheit. Sie hatten auch kein zentrales Wahlkampfthema. Und es ist ihnen auch nicht gelungen, ihre Personalstrategie durchzusetzen. Ganz im Gegenteil, Rau ist abgefallen, und Helmut Kohl hat seit Herbst des vergangenen Jahres Rau glatt überrundet. Unter den zwei wichtigsten Aspekten ist die Wahlkampfstrategie der SPD nicht aufgegangen.

Dies muß uns auch für die kommende Zeit und für die kommenden Jahre eine Lehre sein, wenn es darum geht, bestimmte Themen zu behandeln, die möglicherweise für Splittergruppen bei uns auch von Bedeutung sein könnten. Der strategische Fehler der Sozialdemokraten war der, daß sie inhaltlich den Grünen nachgelaufen sind und dadurch die grünen Themen aufgewertet haben. Sie brauchen sich infolgedessen nicht zu wundern, daß die Leute, die diese grünen Themen für wichtig gehalten haben — und dabei handelte es sich ja keineswegs nur um ökologische Themen, — daß die Wähler dann das Original gewählt haben, nämlich die Grünen und nicht die Kopie, die SPD. Das ist auch ein ganz wichtiger Aspekt.

Für die Zukunft — wir haben ja in diesem Jahr vier Landtagswahlen — möchte ich zwei Bemerkungen machen. Wir müssen das Wahlergebnis sauber analysieren, vor allem was das Wählerverhalten bestimmter Bevölkerungsgruppen anbelangt. Wir werden da interessante Aufschlüsse bekommen. Wenn wir die kommenden Landtagswahlen gewinnen wollen, müssen wir alles tun, daß dieser wirtschaftliche Erfolg, der letztendlich das

Regierungslager getragen hat, erhalten bleibt. Es muß auch durch die Koalitionsvereinbarungen gewährleistet werden, daß eine kontinuierliche und gute wirtschaftliche Entwicklung gesichert ist. Allerdings meine ich, daß diese Wirtschaftskompetenz unbedingt gekoppelt und ergänzt werden muß durch eine Kompetenz auf anderen Gebieten, wo wir Defizite haben. Ich nenne hier einmal einige Stichworte, die man jetzt schon sagen kann. Das ist der Umweltschutz, obwohl wir hier wirklich positive Dinge vorzuweisen haben. Aber es ergibt sich aus allen Umfragen, daß die Grünen hier einen hohen Kompetenzvorsprung haben. Ich vermute auch, daß wir uns intensiv beschäftigen müssen mit dem Erst- und dem Jungwählerverhalten — junge Leute, Frauen, junge Frauen, ein Wählerbereich, wo ich aufgrund früherer Untersuchungen die sichere Gewißheit habe, daß wir dort nicht mehr die Mehrheit haben. Wie kann man erreichen, daß hier eine Änderung im Wählerverhalten herbeigeführt wird? Wir müssen Kompetenz für sensible Themen bei uns in der Bundesrepublik Deutschland gewinnen. Für die Koalitionsverhandlungen heißt das für mich, daß die CDU dafür sorgen muß, daß unser Programm der Mitte nicht zu kurz kommt. Wir haben ein Programm der Mitte: Das Zukunftsmanifest, das wir verabschiedet haben, ist ja kein leeres Papier, sondern enthält zukunftsweisende, moderne Themen. Wir haben die Aufgabe, bei den Koalitionsverhandlungen, aber darüber hinaus auch bei der Darstellung der Partei, dafür zu sorgen, daß wir nicht nur die Wirtschaftskompetenz haben — das ist ganz sicher die tragende Kompetenz -, sondern daß wir uns dem Wähler in der Zukunft darstellen als eine sensible, für moderne Fragen aufgeschlossene, interessante Partei.

Heiner Geißler im „Spiegel“

Spiegel: Herr Dr. Geißler, die Union hat eine Richtungswahl angekündigt. Die Koalition aus CDU, CSU und FDP ist jedoch schwächer geworden. Wendet sich der Trend nach links in Richtung Rot-Grün?

Geißler: Die Regierungskoalition hat gewonnen. Das ist zunächst das wichtigste Ergebnis. Richtig ist: Die Koalition hat abgenommen, die Union allein um vier Prozent. Das war zuviel. Dennoch habe ich den Eindruck, daß die Wähler mit dieser Entscheidung in ihrer Mehrheit nicht die rot-grüne Richtung gewollt haben.

Spiegel: Der CSU-Vorsitzende Strauß hat die CDU für das schlechte Ergebnis haftbar gemacht. Er wirft der Union vor, die CSU in den „Verlustprozeß“ hineingezogen zu haben.

Geißler: Ich will einfach mal informieren: Die Bundesregierung hat in den entscheidenden Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik eine gute Arbeit geleistet. Und diese Arbeit ist geleistet worden von Ministern der Christlich Demokratischen Union. Ich nenne da zum Beispiel — neben dem Bundeskanzler —: Gerhard Stoltenberg, Norbert Blüm, Rita Süssmuth, Walter Wallmann, Heinz Riesenhuber.

Spiegel: Haben die CSU-Minister versagt?

Geißler: Die CDU-Leute waren die Leistungsträger dieser Regierung. Und alle anderen Parteien haben an dem Gesamtergebnis dieser guten Arbeit partizipiert, auch die CSU. Das gilt aber auch für die FDP — nach meinem Geschmack etwas zuviel.

Spiegel: Strauß sagt, die Politik der Union hätte „griffiger, profilierter, aussagekräftiger“ sein müssen, insbesondere im Bereich der inneren Sicherheit.

Geißler: Mit diesen Komparativen kann man so lange nichts anfangen, als sie

nicht mit Inhalten gefüllt werden. Preisstabilität, wirtschaftliches Wachstum, solide Haushaltspolitik, sichere Renten, die beste Familienpolitik seit 1949 — griffiger geht es nicht mehr! Die Antwort auf den Terrorismus sind nicht in erster Linie ständig andere Gesetze, sondern Fahnungserfolge.

Spiegel: Sie haben der CSU den großen Teil der Schuld gegeben, weil sie für Koalitionsstreit um die Entspannungspolitik gesorgt habe.

Geißler: Die Kompetenz der CDU für die Wirtschafts- und Außenpolitik war die Grundlage für den Anspruch der Union, die Zukunft zu gestalten. Die Frage, die durch Aussagen aus der Union heraus in den letzten drei Wochen in den Vordergrund geschoben worden ist, ob zum Beispiel die Ostverträge eine Bindungswirkung haben oder nicht, ist ungefähr politisch so relevant wie die Frage, wie viele Engel auf einer Nadelspitze Platz haben, eine Frage, die bekanntlich nicht einmal Thomas von Aquin beantworten konnte.

Spiegel: Also Fragestellungen, die von Strauß und dem Vorsitzenden der Landesgruppe, Theo Waigel, in den Wahlkampf eingeführt worden sind.

Geißler: Das gilt für diejenigen, die es betrifft. Die Entspannungspolitik im Wahlkampf in Frage zu stellen war Wasser auf die Mühle der FDP, hat unsere Wahlkampfstrategie durchkreuzt und war infolgedessen ein klassisches Eigentor. Denn die Entspannungspolitik wird selbstverständlich fortgesetzt.

Spiegel: Kommt der Kanzler und Parteivorsitzende der CDU denn in seiner Partei ins Gerede? Er hat der Union das schlechteste Ergebnis seit 1949 beschert. Er hat für eine Richtungswahl gekämpft und verloren. Und er muß — das hat der Wahl-

abend gezeigt — mit drei untereinander zerstrittenen Koalitionsparteien fertig werden.

Geißler: Die Koalition des Kanzlers hat 53,4 Prozent, also eine klare Mehrheit, bekommen. Zweitens will ich gar nicht bestreiten, daß es politische Irritationen gegeben hat, die zum Teil im Regierungslager verursacht wurden, beispielsweise der Streit um den Kronzeugen, die U-Boote für Südafrika, den Waffenexport und was weiß ich alles.

Spiegel: *KZ-Vergleich, Gorbatschow-Goebbel-Vergleich!*

Geißler: Das hat auch eine Rolle gespielt. Aber wir haben ganz überwiegend positive Ergebnisse. Ich lehne es ab, den Bundeskanzler haftbar zu machen für alles, was nicht so gut gelaufen ist, und so zu tun, als ob er mit den positiven Ergebnissen überhaupt nichts zu tun hätte. Ganz im Gegenteil. Das Positive in dieser Regierung ist ja nicht gegen, sondern mit Helmut Kohl zustande gekommen.

Spiegel: *Kohls Schicksal stand doch bereits im Vorfeld der Niedersachsen-Wahl auf des Messers Schneide. Damals wurde in der Union offen über seine Ablösung diskutiert.*

Geißler: Ich weiß nicht, wen Sie da meinen. Auf jeden Fall hat die Koalition unter seiner Führung eine klare Mehrheit bekommen. Ich will allerdings hinzufügen: Die CDU wird darauf drängen, daß in der kommenden Legislaturperiode die Politik der Mitte, wie sie im Programm der CDU verankert ist, innen- und außenpolitisch stärker zum Tragen kommt. Dies ist die Garantie auch für die Erfolge in den Landtagswahlen: keine Ausrutscher nach irgendwelchen Himmelsrichtungen!

Spiegel: *Müssen die CDU-Ministerpräsidenten in Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz ihre Landtagswahlen trotz Kohl, trotz Strauß, trotz Bundes-CDU führen?*

Geißler: Also, ich glaube, daß diejenigen, die jetzt angesprochen worden sind, so rasch ihre Konsequenzen ziehen, daß diese Landtagswahlen ein besseres Ergebnis haben werden als die Bundestagswahl. Wir werden dafür sorgen, daß in Rheinland-Pfalz und in Schleswig-Holstein nicht die Politik einer X oder Y, sondern die Politik der CDU zur Abstimmung steht, die Politik der Mitte.

Wir wollen eine leistungsgerechte, aber gleichzeitig sozial ausgewogene Steuerreform. Die zukünftige langfristige Sicherung der Renten verlangt einen klaren sozialen Akzent in der Gesamtpolitik. Die Gleichberechtigung der Frauen muß vorankommen. In der Umweltpolitik brauchen wir greifbare Ergebnisse beim Schutz von Luft, Gewässern und Boden. Außerdem eine farbige und tolerante Kulturgesellschaft, die den vielfältigen Wünschen nach neuen Lebenschancen entspricht. Mehr Wahlmöglichkeiten wollen wir auch in der Arbeitswelt.

Spiegel: *Die FDP verfolgt in der Steuer- und Rentenpolitik andere Ziele als die CDU.*

Geißler: Die Frage, ob eine Rentenpolitik oder eine Steuerpolitik richtig ist, kann nicht danach beurteilt werden, ob die FDP ein Prozent von der CDU abgestaubt hat, sondern nur ausschließlich und allein nach sachlichen Kriterien.

Spiegel: *Gilt dieses Kriterium auch für die künftige Zusammensetzung der Regierung?*

Geißler: Ja. Präsidium und Bundesvorstand der CDU beginnen unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers mit den Beratungen.

Spiegel: *Wollen Sie ins Kabinett?*

Geißler: Nein. Ich bin als Generalsekretär bis 1989 gewählt.

**Entnommen aus dem „SPIEGEL“ vom 26. Januar 1987 in leicht gekürzter Fassung.
Die Redaktion.**

Dregger würdigt ausscheidende Funktionsträger

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, hat in der ersten Fraktionssitzung nach der Wahl die ausscheidenden Abgeordneten gewürdigt, die wichtige Ämter und Funktionen in der Fraktion, in der Regierung oder in der Partei bekleidet haben. Alfred Dregger führte dazu folgendes aus:

Meine Damen und Herren, es sind viele unter uns, die dem Deutschen Bundestag in der 11. Legislaturperiode nicht mehr angehören werden. Ich möchte den ausscheidenden Kolleginnen und Kollegen, die über Jahre, z. T. über Jahrzehnte hinweg unsere Weggefährten und Mitstreiter gewesen sind, im Namen der alten und der neuen Fraktion von Herzen danken für alles, was sie für die Union, für unser Volk und unseren Staat, was sie für Deutschland geleistet haben.

Meine Freunde, Sie werden gewiß Verständnis dafür haben, daß ich nicht alle Kolleginnen und Kollegen, deren Mandate in diesen Tagen ablaufen, einzeln würdigen kann.

Ich möchte — stellvertretend für alle — einige Persönlichkeiten nennen, die wichtige Ämter und Funktionen in der Fraktion, in der Regierung oder in der Partei bekleidet haben.

Ich nenne Rainer Barzel, Paul Mikat, Adolf Müller, Benno Erhard, Herbert Hupka, Gerhard Braun, Werner Broll, Reinhold Kreile und Bernhard Jagoda.

Rainer Barzel

Rainer Barzel hat in den drei Jahrzehnten, die er dem Deutschen Bundestag angehört hat, die Geschichte unserer Partei

und Fraktion, aber auch die Nachkriegsgeschichte unseres Landes, entscheidend mitgeprägt:

- als Parteivorsitzender;
- als langjähriger Fraktionsvorsitzender;
- als Bundesminister;
- als Präsident

des Deutschen Bundestages.

Rainer Barzel hat einmal gesagt, daß es **drei große Entscheidungen** gewesen seien, die den Gang der deutschen Nachkriegspolitik bestimmt und den Wiederaufstieg unseres Landes aus Trümmern und Not möglich gemacht hätten:

- die Entscheidung für den Westen;
- die Entscheidung für die Soziale Marktwirtschaft;
- die Entscheidung für die Soziale Partnerschaft.

Die Namen dreier Unionspolitiker stehen für diese historischen Entscheidungen: **Konrad Adenauer** für die Westorientierung unserer Außen- und Sicherheitspolitik; **Ludwig Erhard** für eine freiheitliche, Dynamik und Kraft weckende Wirtschaftspolitik; **Karl Arnold** für eine Gesellschaftspolitik, die partnerschaftliches Denken an die Stelle verstaubter Klassenkampfideologie setzte.

Alle drei Männer haben in Ihrem Leben, lieber Rainer Barzel, eine zentrale Rolle gespielt. Wir haben von Ihnen immer wieder erfahren können, wie tief Sie sich dem Erbe Konrad Adenauers, Ludwig Erhards und Karl Arnolds verpflichtet fühlen.

Meine Freunde, Rainer Barzel scheidet zwar aus dem Deutschen Bundestag aus, aber nicht aus der Politik. Er hat als neuer Koordinator für die deutsch-fran-

zösische Zusammenarbeit ein Amt übernommen, dessen großer Bedeutung wir uns alle bewußt sind.

Ich hoffe, lieber Rainer Barzel, wir werden Ihren reichen Erfahrungsschatz weiter nutzen können.

Paul Mikat

Paul Mikat, Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1969, hat ebenfalls an führender Stelle die Politik der Union wesentlich mitformuliert und mitgestaltet.

Manche seiner programmatischen Bundestagsreden — ich denke an die Debatte um die Änderung des § 218 oder an die Auseinandersetzungen um die Reform des Ehe- und Familienrechts — wurden zu **Höhepunkten der deutschen Parlamentsgeschichte**.

Paul Mikat hat als Justitiar unserer Fraktion ein Amt innegehabt, für das er aufgrund seiner hohen Fachkompetenz, seiner persönlichen Autorität und seiner warmherzigen Menschlichkeit geradezu **prädestiniert** war.

Vielen aus unseren Reihen hat er in persönlichen Angelegenheiten, die aber auch politische Bedeutung besaßen, beratend und helfend zur Seite gestanden. Dies geschah unauffällig, diskret — mit jenem Takt und jenem Einfühlungsvermögen, wie sie Paul Mikat gegeben sind.

Auf Sie, lieber Paul Mikat, auf Ihre unbedingte Loyalität und Integrität war auch in schwierigen Stunden Verlaß. Deshalb hatten Sie unser aller Vertrauen.

Adolf Müller

Adolf Müller hat sieben Legislaturperioden lang dem Deutschen Bundestag angehört. In den 25 Jahren seiner parlamentarischen Arbeit ist sein Name zu einem **Gütezeichen christlich-demokratischer Sozial- und Gesellschaftspolitik** geworden.

Adolf Müller war von 1965 bis 1969 Vorsitzender des Bundestagsausschusses für

Arbeit, anschließend zwölf Jahre lang bis 1981 stellvertretender Vorsitzender des mit einem erweiterten Aufgabenbereich ausgestatteten Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung.

Eine besondere Leistung hat Adolf Müller als Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe unserer Fraktion vollbracht. In den neun Jahren seiner Amtszeit von 1972 bis 1981 ist ihm ein schwieriger politischer Balanceakt gelungen:

Bei großer innerer Geschlossenheit hat sich die Arbeitnehmergruppe niemals als „Flügel“, sondern immer als integrierender Bestandteil der Fraktion verstanden. Dank Ihrer umsichtigen Führung, lieber Adolf Müller, hat die Arbeitnehmergruppe auch bei schwierigen und zunächst kontroversen sozialpolitischen Streitfragen die Entscheidung der Gesamtfaktion mitgeprägt und dann auch loyal mitgetragen.

Die Fraktion hat diese besondere Leistung Adolf Müllers 1981 mit der Wahl zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden — verantwortlich für die Bereiche Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Gesundheit — gewürdigt. Zweimal wurde er von der Fraktion in diesem Amt eindrucksvoll bestätigt.

Benno Erhard

Benno Erhard hat 33 Jahre parlamentarischer Arbeit hinter sich: 1954 wurde er in den Hessischen Landtag, 1965 in den Deutschen Bundestag gewählt.

Er war viele Jahre lang unser Obmann im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages. Von 1978 bis 1980 war er Vorsitzender des Arbeitskreises „Innen- und Rechtspolitik“ unserer Fraktion — und von 1980 bis 1982 Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Recht“.

Mit dem Regierungswechsel im Oktober 1982 wurde er stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Als unser ehemaliger Kolle-

ge Hans Hugo Klein im Oktober 1983 zum Richter am Bundesverfassungsgericht gewählt wurde, wurde Benno Erhard sein Nachfolger als parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz.

Die FAZ, lieber Benno Erhard, schrieb anlässlich Ihres 60. Geburtstages — ich zitiere: „Politiker sprechen sich gern Ecken und Kanten zu. Einer, der das Wort nicht gebraucht, auf den es aber zutrifft, ist Benno Erhard.“ Das ist, wie ich meine, ein großes Lob. Sie haben sich in den Jahren Ihrer Arbeit für die gemeinsame Fraktion aus CDU und CSU nicht zuletzt deshalb Respekt und Anerkennung erworben — auch beim politischen Gegner —, weil Sie stets mit offenem Visier gekämpft haben; man wußte eben immer, woran man bei Ihnen war.

Herbert Hupka

Herbert Hupka, Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1969, kam im Februar 1972 zu uns, weil er die Deutschland- und Ostpolitik der Regierung Brandt aus Gewissensgründen nicht mehr mittragen konnte.

Herbert Hupka, 1948 Mitgründer der Landsmannschaft Schlesien, seit 1968 ihr Vorsitzender, hat im Deutschen Bundestag vor allem im Auswärtigen Ausschuß gearbeitet. Seit April 1977 ist er — als Nachfolger von Hermann Götz — Vorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU.

Herbert Hupka hat sich nicht nur als profiliertes Deutschland- und Vertriebenenpolitiker, sondern auch als Autor einen Namen gemacht. Fast alle seine Buchveröffentlichungen sind als Text- und Bildbände seiner schlesischen Heimat, ihren Städten und ihrer Landschaft, ihrer Geschichte und ihren Menschen gewidmet. Wenn ich den Politiker Hupka charakterisieren soll, so tue ich das am besten mit

seinen eigenen Worten: „Man sollte Diktaturen nicht dadurch mästen, daß man deren Forderungen nach Bestätigung ihrer Macht erfüllt. Das war schon im Verhältnis der Demokratien Hitler gegenüber vom Übel, das ist heute nicht anders.“ Ich stimme Ihnen zu, lieber Herbert Hupka.

Gerhard Braun

Gerhard Braun gehörte dem Deutschen Bundestag seit 1972 an. Sein Betätigungsfeld war die Kommunalpolitik: eine Schule, durch die viele von uns gegangen sind. Er ist seit langem Mitglied des Bundesvorstandes der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU und wurde im Herbst 1982 als Nachfolger unseres Freundes Horst Waffenschmidt von der Fraktion zum Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik gewählt. Er will sich jetzt mit voller Kraft dem wichtigen Amt des „Seniorenbeauftragten der CDU Deutschlands“ widmen, das er Mitte Oktober 1985 übernommen hat. Viel Erfolg dabei, lieber Gerhard Braun!

Werner Broll

Werner Broll gehörte dem Deutschen Bundestag seit 1976 an. Er war zunächst Obmann unserer Fraktion und stellvertretender Vorsitzender im Petitionsausschuß, kam dann 1980 in den Innenausschuß und wurde dort 1983 Obmann der Fraktion.

Im vorigen Jahr wählten wir ihn zum Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Inneres und Sport.

Seine Reden fanden Beachtung nicht nur bei seinen Freunden, sondern auch bei den Kollegen anderer Fraktionen. Wir werden sein Fachwissen sicherlich noch nutzen können.

Völlig unerwartet, meine Damen und Herren, hat uns alle getroffen, daß mit Professor Reinhold Kreile und Bernhard

Jagoda zwei bewährte Vorsitzende unserer Arbeitsgruppen 8 und 10, „Finanzen“ und „Arbeit und Soziales“, ausgeschieden sind.

Reinhold Kreile

Professor Reinhold Kreile, Mitglied des Präsidiums und des Vorstandes der CSU, hat fünf Legislaturperioden lang, also seit 1969, dem Deutschen Bundestag angehört.

Er war Obmann unserer Fraktion im Finanzausschuß, wurde finanzpolitischer Sprecher der Fraktion und übernahm nach dem Regierungswechsel vor vier Jahren die Arbeitsgruppe „Finanzen“. Reinhold Kreile gehörte dem Fraktionsvorstand der CDU/CSU an und bekleidete eine Zeitlang das Amt des Justitiars der CSU-Landesgruppe.

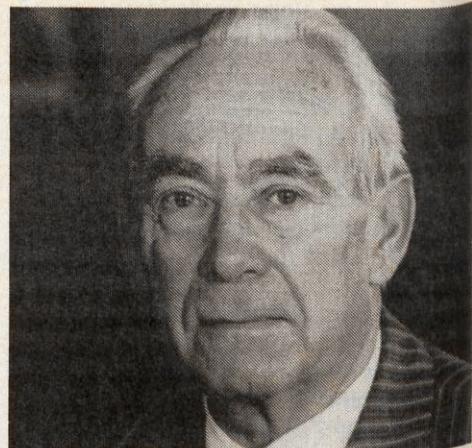
Gerade im Hinblick auf die anstehenden Beratungen über eine große **Steuerreform** — wozu wir bereits erste Gespräche geführt haben — wird uns Reinhold Kreile im Fraktionskreis sehr fehlen.

Das gleiche gilt für **Bernhard Jagoda** im Hinblick auf die **Rentenreform**, die ebenfalls in der vor uns liegenden Legislaturperiode zu bewältigen sein wird.

Bernhard Jagoda war zehn Jahre lang Mitglied des Hessischen Landtags und gehörte dem Deutschen Bundestag seit 1980 an. Nach dem Tode unseres Kollegen Haimo George wurde er am 22. Oktober 1985 zum Vorsitzenden der Arbeitsgruppe 10 gewählt und hat in dieser Funktion unser aller Vertrauen und Wertschätzung gefunden.

Meine Damen und Herren, mit meinem Dank an alle ausscheidenden Kolleginnen und Kollegen verknüpfe ich die Hoffnung, daß Sie uns auch in den kommenden Jahren verbunden bleiben.

Ich wünsche Ihnen im Namen der neuen Fraktion für die Zukunft alles Gute, Gesundheit und Gottes Segen.



Helmut Kohl gratulierte Bruno Heck

Bundeskanzler Helmut Kohl hat am Dienstag, 20. Januar 1987 in einem Glückwunschkarten zum 70. Geburtstag von Bruno Heck die Verdienste des CDU-Politikers und Ministers unter Konrad Adenauer beim Aufbau der Bundesrepublik Deutschland gewürdigt. „Du gehörst zu den selbständigen Persönlichkeiten unserer Partei und unseres Landes, die sich aus den vielen herausheben“, schrieb der Kanzler. „Mit Deinem Namen und mit Deinem Wirken verbinden sich Beharrlichkeit, Charakterfestigkeit, profunde Bildung, Gestaltung unserer politischen Kultur und vor allem aber der Anteil mit dem Du in ganz maßgeblicher Weise zum Neubau unseres Vaterlandes beigetragen hast“, heißt es in dem Brief weiter. Kohl erinnerte auch an die Leistungen Hecks als früherer CDU-Generalsekretär und jetziger Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung. Im Februar wird der Kanzler einen Empfang zu Ehren von Heck geben. Auch Generalsekretär Heiner Geißler würdigte in einem sehr persönlich gehaltenen Brief die Verdienste Bruno Hecks, der Heiner Geißlers politische Karriere in der CDU maßgeblich beeinflußt hat.

Pressestimmen zum Ausgang der Bundestagswahl

Auf die Koalition im allgemeinen und ihre drei Parteivorsitzenden Kohl, Strauß und Bangemann kommt damit bei den sicherlich zähflüssigen Koalitionsverhandlungen der nächsten Wochen eine hohe Verantwortung zu. Die sichere Mehrheit der Wähler wollte dieses Bündnis, das im Oktober 1982 die vielberufene Wende herbeigeführt hatte, bestätigen. Sie wünscht Stabilität in Wirtschaft und Finanzen, eine Sozialpolitik mit Augenmaß, die versprochene Renten- und Steuerreform, aber eben auch die Fortführung jener Außen- und Sicherheitspolitik, die vom Kabinett Kohl seit vierehalf Jahren geführt wird. Ob sie nun, zum Ärger von Franz Josef Strauß, neue Phase der Entspannungspolitik heißt oder sonstwie — in der Sache wird sich nicht viel ändern.

(Rheinische Post, 26. 1. 87)

Kohl bleibt Kanzler, aber er wird es schwieriger haben. Die Union wird schohnungslos nach den Gründen der Verluste forschen. Rau hat sein Ziel völlig verfehlt, aber besser abgeschnitten als von der SPD befürchtet.

(Bild, 26. 1. 87)

Die Art und Weise, wie die SPD-Zentrale ihren Spitzenkandidaten im Regen stehenließ, lässt manches erahnen. Wenn diese Partei weit links abdrifft, was zur Zeit als durchaus möglich erscheint, werden die Auseinandersetzungen Formen annehmen, die zu Zerreißproben von bisher noch nie gekannter Härte und Gefahren für diesen Staat führen müssen.

(Kölnische Rundschau, 26. 1. 87)

Die Entscheidung des Wählers ist eindeutig, das Votum ist klar: in Bonn bleibt alles beim alten, die Regierung ist bestätigt, aber die Gewichte innerhalb der Koalition haben sich geändert.

(Neue Rhein-Zeitung, 26. 1. 87)

Die Union behält die Führung der Regierung, und das noch immer mit weitem Abstand vor ihrem Hauptkonkurrenten, der SPD.

(Kölner Stadt-Anzeiger, 26. 1. 87)

Die Meinungsforscher haben recht. Eine klare Mehrheit will Helm Kohl weiter an der Regierung lassen. Eine absolute Mehrheit allerdings, von Johannes Rau einst erträumt, von Kohl eher gefürchtet, ist ebenso entschieden abgelehnt worden ... Die Deutschen setzen auf das, was sie haben. Das ist Kohl, aber nicht Kohl allein, auch nicht Kohl mit Strauß, sondern Kohl mit Genscher und Bangemann.

(Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 26. 1. 87)

Bei aller Genugtuung, die sie jetzt empfindet, wird der FDP also keine Zeit zum Ausruhen bleiben. Schon die nächsten Landtagswahlen werden ihr wieder viel abverlangen.

(Kölner Stadt-Anzeiger, 26. 1. 87)

Der beeindruckende Zulauf, den die grüne Partei erhielt, resultiert in nicht geringem Maß aus der Abkehr junger Wähler von der SPD. Damit wird für die deutsche Sozialdemokratie die Richtungsentscheidung unumgänglich, wenn sie 1991 mit mehr Aussichten auf Erfolg ins Rennen gehen will.

(General-Anzeiger, Bonn, 26. 1. 87)

Die Bonner Koalition hat den Sieg davongetragen, der Schmelzprozeß gefährdet nicht die Stabilität der Republik.

(Die Welt, 26. 1. 87)

Auch wenn der Kanzler nicht mehr über die komfortable Mehrheit der letzten Legislaturperiode verfügt, bleibt der Koalition ein sattes Polster an Mandaten.

(Schwarzwälder Bote, 26. 1. 87)

Das relativ ruhige Fahrwasser der ersten vier Jahre der CDU/CSU/FDP-Koalition wird in der nächsten Legislaturperiode stürmischer werden.

(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. 1. 87)

Die Verschiebung der Stärken innerhalb der Koalition zugunsten der Freien Demokraten wird für Kohl kaum Probleme bringen.

(TZ, München, 26. 1. 87)

Zwar konnten die Grünen, im Vergleich mit den anderen Parteien, die größten Gewinne verzeichnen, das Ergebnis deutet jedoch auch an, daß die Umweltpartei ihr augenblickliches Wählerreservoir weitgehend ausgeschöpft hat.

(Kölner Stadt-Anzeiger, 26. 1. 87)

Die Koalition der Mitte hat sich behauptet, auch wenn sie nicht ganz so strahlend darsteht, wie die meisten Meinungsforscher voraussagten. Aber ihre Mehrheit ist komfortabel. (Frankfurter Neue Presse, 26. 1. 87)

Die Koalition muß kraftvoll starten. Ange-sichts von gleich vier Landtagswahlen in diesem Jahr darf es dabei freilich nicht bleiben. Die Koalition braucht langen Atem, eiserne Nerven und viel Stehvermögen. (Handelsblatt, 26. 1. 87)

Der glatte Erfolg für die Regierung Kohl-Genscher ist leicht erklärt: Die stabile wirtschaftliche Lage, das sichere Geld und die Sorge vor einem rot-grünen Bündnis waren die Antriebskräfte für den Erfolg der Regierungsparteien. (Berliner Zeitung, 26. 1. 87)

Pressestimmen aus dem Ausland

„Daß die CDU doch empfindlich Federn lassen muß, hat sie vermutlich in erster Linie ... Strauß zu verdanken.“

(Tages-Anzeiger, 26. 1. 1987)

„Die Deutschen haben für die Kontinuität gestimmt.“ (Le Matin [Lausanne], 26. 1. 1987)

„Ein erwarteter Sieg. Auch ein logischer Sieg angesichts der ausgezeichneten wirtschaftlichen Bilanz der Regierung.“

(Le Figaro, 26. 1. 1987)

„Für die Niederlande ist es ein beruhigender Gedanke, daß auch unser wichtigster Handelspartner seinen Haushalt weiter in Ordnung bringen und wirtschaftliche Abenteuer vermeiden wird, wie sie von der west-

deutschen sozialistischen Opposition vorgeschlagen worden sind.“

(De Telegraaf, 26. 1. 1987)

„Die herrschende Koalition wird ... mit einer ausreichenden Mehrheit zurückkehren.“

(The Guardian, 26. 1. 1987)

„In Bonn ist die Wendepolitik Kohls bestätigt worden, aber die Wähler setzten interessante Akzente.“

(Die Presse [Wien])

„Die heftigen Angriffe von Strauß auf die Entspannungspolitik von Genscher haben sich nicht nur als überflüssig erwiesen, sondern haben sogar das Gegenteil bewirkt.“

(Corriere Della Sera, 26. 1. 1987)

Rekordjahr für die Autoindustrie

Die deutsche Autoindustrie hat im vergangenen Jahr gleich zwei neue Rekorde aufgestellt. Neben dem erwarteten Spitzenwert bei der Produktion wurde 1986 auch beim Export von Pkw und Kombis das bislang beste Ergebnis in der 100jährigen Geschichte des Autos erzielt. Nach Angaben des Verbandes der Automobilindustrie rollten von Januar bis Dezember 1986 fast 4,6 Millionen Fahrzeuge vom Band, drei Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Zum Rekordergebnis der deut-

schen Automobilindustrie erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansheinz Hauser (Krefeld): Der Produktions- und Exportrekord, den die deutsche Autoindustrie im Jahre 1986 erzielen konnte, verweist die Horrorprognosen der SPD über die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land in das Reich der ökonomischen Horoskope. Deren Treffsicherheit ist von Professor Müller-Armack — schon vor 15 Jahren dezent ironisiert worden: „Wir waren froh, unseren wirtschaftlichen Kurs aus den Daten der zurückliegenden Monate immer wieder bestätigt zu finden.“

Spionage-Abwehr erfolgreich

Im Jahr 1986 haben die Staatsschutzbehörden bisher 32 Personen wegen des Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit für Nachrichtendienste kommunistisch regierter Staaten festgenommen. Diese Zahl hat sich im Vergleich zum gesamten Jahr 1985, in dem lediglich 18 Festnahmen erfolgten, nahezu verdoppelt, erklärte hierzu Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann.

Die enttarnten Agenten richteten ihre Spionagebemühungen auf die Bereiche der politischen, militärischen und der Industrie- und Wirtschaftsspionage. In mehreren Fällen konnten auch Versuche östlicher Nachrichtendienste aufgedeckt und abgewehrt werden, Agenten in Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik Deutschland zu gewinnen. Festnahmen mehrerer Kuriere und Instrukteure zeigen, daß die Nachrichtendienste der DDR auch im Bereich des Führungs- und Verbindungswesens ihrer Spionage spürbare Verluste hinnehmen mußten. Aus den aufgeklärten Spionagefällen ergibt sich, daß die Nachrichtendienste der DDR bei der Ausspähung der Bundesrepublik Deutschland weiterhin eine dominierende Rolle einnehmen.

Die hohe Zahl von Festnahmen enttarnter Agenten beweist, daß die Spionage-Abwehr wirksam und erfolgreicher arbei-

tet, erklärte Bundesinnenminister Zimmermann weiter. Sie zeigt auch die Richtigkeit der angeordneten personellen, strukturellen und organisatorischen Maßnahmen, die nach der Flucht Tiedges in die DDR notwendig waren. Diese Maßnahmen haben zu den erwarteten Abwehrerfolgen des Jahres 1986 geführt.

Theo Waigel führt die CSU-Landesgruppe

Die CSU-Landesgruppe im 11. Deutschen Bundestag hat sich bereits konstituiert. Theo Waigel wurde in geheimer Wahl mit 48 von 49 abgegebenen Stimmen als Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag wiedergewählt. Wolfgang Bötsch wurde in geheimer Wahl mit 46 von 47 abgegebenen Stimmen als parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag wiedergewählt.

CDU-Slogan: Wir in Baden-Württemberg

Mit dem Slogan „Wir in Baden-Württemberg“ will die CDU Baden-Württemberg in den Landeswahlkampf 1988 ziehen. Dies beschloß der Landesvorstand der Partei in Stuttgart.

Auch 1987 geringste Arbeitslosenquote

Alles deutet darauf hin, daß Baden-Württemberg auch 1987 die geringste Arbeitslosenquote im ganzen Bundesgebiet aufweisen wird. Der Präsident des Landesarbeitsamts Harry Meisel, zeigte sich zuversichtlich, daß die relativ positive Entwicklung auch 1987 andauert.

Zitat

„Mein Ehrgeiz besteht nicht darin, immer mehr Geld des Staates auszugeben, sondern dazu beizutragen, daß die Bundesrepublik Spitze in der Forschung ist und bleibt.“

(Forschungsminister Riesenhuber)

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Zitat

Lafontaine ante portas

Nicht einmal eine Atempause hat das Wahlergebnis der SPD gelassen. Durch die Erklärungen führender Politiker ist die Sach- und die Personaldiskussion der Partei in vollem Gange. Der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine hat sich an die Spitze derer gesetzt, die meinten, die prinzipielle Absage seiner Partei an die Grünen im Wahlkampf sei falsch gewesen. Johannes Rau, der Kanzlerkandidat, hat postwendend mitgeteilt, daß er für das Amt des Parteivorsitzenden, das Willy Brandt 1988 in andere Hände übergehen lassen möchte, nicht zur Verfügung stehe.

Was zählt es da noch, daß der SPD-Vorsitzende vor dem Spitzengremium seiner Partei erklärte, die Wahlkampfthemen und das Wahlprogramm seien richtig und auch der Kandidat sei ohne Fehl und Tadel gewesen. Wenn denn alles richtig war, warum blieben für die Sozialdemokraten nur 37 Prozent oder: wo wären sie denn gelandet, hätten sie auch noch Fehler gemacht?

Oskar Lafontaine hat den Fehdehandschuh hingeworfen. In den nächsten Wo-

chen und Monaten müsse Klarheit geschaffen werden, wer die SPD vom nächsten Jahr an führt. Nach Raus Verzicht ist weit und breit kein Gegenkandidat für Oskar Lafontaine in Sicht. Der aber wird Mühe haben, bis zur nächsten Bundestagswahl das Bürgerschreck-Image loszuwerden, das er wegen seiner vielen Angriffe auf alles, was Kernkraft heißt, und wegen seiner Anti-Nato-Eskapaden redlich erworben hat. Parteifreunde meinen, er sei Opportunist genug, um das zu schaffen. Dennoch ist Lafontaine ante portas des SPD-Vorsitzes ein Programm. Er wird, wenn es nicht anders geht — und es wird nicht anders gehen — die Zusammenarbeit mit den Grünen suchen. Und damit hätte sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, knapp 30 Jahre nach ihrer großen Wendung zur bürgerlichen Mitte, die sie im Godesberger Programm vollzog, als Volkspartei aufgegeben.

(Frankfurter Neue Presse, 27. 1. 1987)

Johannes Rau hat „Grün“ überflüssig machen wollen. Das ist ihm bundesweit nicht gelungen. Oskar Lafontaine will „Grün“ zur politischen Bankrott-Erklärung bringen. Ob das gelingt? Da sind viele Zweifel angebracht. (Neue Rhein Zeitung, 28. 1. 1987)

UID

4/87

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 54411 # Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lüthje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.